

Sperrfrist Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Anita Klahn, MdL**  
*Stellvertretender Vorsitzender*

**Christopher Vogt, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 295/2017  
Kiel, Mittwoch, 15. November 2017

Umwelt/ Mikroplastik

## Dennys Bornhöft: Europäisches Verbot von Mikroplastik jetzt!

In seiner Rede zu TOP 11 (Europäisches Verbot von Mikroplastik) erklärt der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dennys Bornhöft**:

„Mikroplastik – eine Umweltbelastung, welche sich überwiegend abseits des großen medialen Fokus abspielt. Daher habe ich mich besonders über die gestrige Berichterstattung in der Landespresse über die Forschungsergebnisse des GEOMAR gefreut.

Kunststoff ist allgegenwärtig, in unserer Kleidung, in unseren technischen Geräten, als Verpackung, als Behälter, als Zusatzstoff von Medizin oder Hygieneprodukte. So allgegenwärtig Plastik in unserer Realität ist, so wenig ist die Tragweite der langfristigen Schadwirkung auf Mensch und Natur bekannt.

Was aber über Mikroplastik bekannt ist, also von Plastikteilen, die kleiner als fünf Millimeter sind, gar bis in mikroskopisch kleinen Nanometer-Bereich gehen können, ist der komplette Einzug in die Nahrungskette. Mikroplastik heftet sich an Plankton an, wird von Krebstierchen und Fischen gefressen, welche von Vögeln, Säugetieren - natürlich auch dem Menschen - aufgenommen werden.

Über diese Kette wird das Plastik nicht abgebaut, die Teilchen werden allenfalls kleiner. Die Bilder von verendeten Tieren, von denen kaum noch Knochen oder Federn erhalten sind, aber Ansammlungen von Plastikteilen, hat sicherlich jeder schon gesehen. Es dauert viele Jahrhunderte, bis Plastik gänzlich abgebaut wird. Vorher wird Plastik einfach nur zerkleinert, so klein, dass die mikroskopischen Teilchen sogar dazu in der Lage sind, direkt in unsere Körperzellen einzudringen. Dort hat Plastik nichts verloren.

Mikroplastik ist auch mit dafür verantwortlich, dass die Schadstoffkonzentration, beispielsweise von Quecksilber oder das hochgiftige Insektizid DDT, bei Fischen und Meeressäugern drastisch gestiegen ist. Was hat nun Quecksilber mit Plastik zu tun? Die Oberflächenbeschaffenheit von Mikroplastik zieht Giftstoffe an wie ein Magnet. Die Schadstoffkonzentration an Mikroplastikpartikeln sind bis zu eintausend fach höher als im Umgebungswasser.

Die USA, welche in der deutschen und europäischen Debatte ja recht häufig als Land niedriger Umweltschutzniveaus dargestellt werden, haben den Einsatz von Mikroplastik in Kosmetikartikeln bereits verboten – zum Schutze der Umwelt und der Gesundheit. Neben der Aufdeckung des Emissionsbetruges von VW in den USA ein weiterer Aspekt, bei dem wir nicht hinter den vermeintlich niedrigen Schutzniveau der Amerikaner fallen sollten.

Warum steht nun im Antrag Verbot von wissentlich hinzugefügtem Mikroplastik in Kosmetikartikeln und nicht genereller Verbot von Mikroplastik? Letzteres wäre nicht realitätsnah umzusetzen. Bei jedem Waschgang, bei dem Kleidungsstücke aus Polyester, Elasthan, Nylon etc. dabei sind, wird Mikroplastik ins Abwasser ausgeschwemmt. Bei jedem Bremsvorgang von Fahrrad und PKW wird Mikroplastik auf den Asphalt abgetragen und über Regenwasser ebenso ins Abwasser geführt.

Bisher gibt es noch nicht die Techniken, die es ermöglichen, Mikroplastik gänzlich aus dem aufzubereitenden Abwasser zu entfernen. Je kleiner die Partikel, desto schwieriger eine entsprechende Filterung. Der alte Grundsatz, es ist besser eine Belastung von vornerein zu vermeiden als nachträglich zu beseitigen, gilt auch hier.

Laut Aussagen des Bundesumweltamts im Jahr 2014 kommen in Deutschland fast 500 Tonnen Mikroplastik aus kosmetischen Produkten pro Jahr in unsere Abwässer und ein nicht unerheblicher Teil landet hiervon auch nach der Abwasserbehandlung in unseren Meeren, Binnengewässern und auch in unser Grundwasser.

In Anbetracht von weltweit fast 10 Millionen Tonnen Plastikmüll pro Jahr, die ins Meer gelangen, sind die 500 Tonnen, die wir mit diesem Antrag potenziell in Deutschland vermeiden, ein kleiner Schritt. Es ist ein kleiner Schritt, aber zumindest ist es einer, welcher rechtlich als auch technisch leicht umzusetzen ist. Wir setzen hierbei auch auf eine breite Zustimmung auf Bundesebene und ebenso auf europäischer Ebene.

Die Änderungsvorschläge, die aus der Opposition kommen, sind nicht per se falsch. Sie gefährden aber aus meiner Perspektive die Schlagkraft und eine schnelle Umsetzung, da das von uns sehr eingegrenzte Thema durch den Änderungsantrag breiter gefasst wird. Ich bitte daher um Zustimmung zum Koalitionsantrag.“